



2022/19 Geschichte

<https://jungle.world/artikel/2022/19/wehrhaft-auf-der-richtigen-seite>

Auch manche deutschen Historiker ziehen Analogien zwischen Hitler und Putin

Wehrhaft auf der richtigen Seite

Von **Yves Müller**

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz proklamierte »Zeitenwende« veranlasst manche in Deutschland, Wladimir Putin mit Adolf Hitler zu vergleichen. Doch historische Analogien können trügerisch sein.

Als die Punkband Terrorgruppe im Jahr 1996 mit dem Song »Russenhitler« aufwartete, war in Moskau noch ein anderer an der Macht. Präsident Boris Jelzin beendete gerade den Ersten Tschetschenien-Krieg, den er zwei Jahre zuvor angefangen hatte. »Er trinkt Wodka, ganze Kästen/Heute schmolzt er mit dem Westen« - mit Zeilen wie diesen bewiesen die Berliner: Deutschpunk kann auch Zeitdiagnostik. Denn man nahm damit nicht nur den mutmaßlich alkoholkranken Jelzin aufs Korn, sondern hielt auch dem »Westen« den Spiegel vor, dessen Russland-Bild bis heute von Klischees über KGB, Banjas und Hochprozentiges geprägt ist.

Jetzt heißt der Präsident Wladimir Putin, die Ukraine ist das neue Tschetschenien. Der russische Angriffskrieg, die hanebüchene Rede des Präsidenten über eine »Entnazifizierung« der Ukraine und zuletzt das Bekanntwerden mutmaßlicher Kriegsverbrechen der Streitkräfte Russlands an ukrainischen Zivilisten lassen wenig Raum für Nuancen. Zweifellos ist Putin ein skrupelloser Autokrat, der über Leichen geht und mit Atomwaffen droht. Aber hat er das Zeug zum neuen Adolf Hitler? Ist er also »Putler«, wie die namentliche Verballhornung auf Antikriegsdemonstrationen rund um die Welt lautet?

Mancher Vergleich sagt mehr über den Vergleichenden aus als über das Vergleichene.

Allen voran betätigen sich Vertreter und Vertreterinnen der Historikerzunft, die es eigentlich besser wissen müssten, in diesem Vergleichsgeschäft. In der Zeit fragte Heinrich August Winkler, der Doyen der deutschen Geschichtswissenschaft (»Der lange Weg nach Westen«), danach, »Was Hitler mit Putin verbindet«. Ohne Fragezeichen. Dabei stellt sich die Frage: Ja, was denn? Mit seinem revisionistischen Geschichtsbild wirke der Ultranationalist »Putin wie ein gelehriger Schüler Adolf Hitlers«. Der Historiker Götz Aly assistierte, indem er der DPA die »Parallelen zwischen Putin und Hitler« erklärte. Aly sieht in Putin einen »Alleinherrscher«, der von keinem Gremium mehr kontrolliert werden könne - wie Hitler. Hedwig Richter, Geschichtspräsidentin an der Bundeswehr-Universität in München, weiß, dass »so einer« nur durch Waffengewalt aufgehalten werden kann, denn: »Hitler wurde mit Gewalt, mit Militär, besiegt. Und wenn wir die Demokratie tatsächlich verteidigen wollen, dann brauchen wir auch

ein Militär.« Hier wird Geschichte zur Legitimationswissenschaft.

Diese Beispiele zeigen, dass Vergleiche die zeithistorische Analyse des derzeitigen Kriegs nicht immer voranbringen. Denn was soll es bringen, Hitler mit Putin zu vergleichen? Man könnte Putin mit jedem Diktator und Völkermörder vergleichen, mit Despoten und sonstigen skrupellosen Herrschern, aber nein: Hitler höchstselbst soll es sein.

Dagegen gibt es auch Widerspruch. Der Historiker André Postert vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung erklärte dem Nachrichtensender N-TV, warum Putin »eben nicht Hitler oder Stalin« sei. Derlei Gleichsetzungen böten keinen Erkenntnisgewinn, so der Historiker Michael Wildt, der sich in seinem jüngsten Buch »Zerborstene Zeit« auch der Gewaltgeschichte Osteuropas widmet. Auch der Osteuropahistoriker Martin Schulze Wessel stellte im T-online-Interview die »analytische Funktion« des Vergleichs in Frage. Es gehe letztendlich nur ums »Parallelisieren«.

Vergleiche sollen eigentlich nicht dazu dienen, etwas gleichzusetzen, sondern Gemeinsamkeiten und Widersprüche, Kontinuitäten und Brüche herauszustellen. Das ist die bewährte Formel der historischen Zunft, die wahr ist, aber zur Floskel verkommt, wenn der Vergleich eben doch dem Zweck der Einebnung dient. Es existiert eine seriöse vergleichende Diktaturforschung, die Parallelen und Differenzen zwischen unterdrückerischen Regimen untersucht. Innerhalb einer Epoche lassen sich frappierende Gemeinsamkeiten ebenso wie Unterschiede solcher Regime ausmachen. Historiker suchen nach Zusammenhängen und Einflüssen konkreter historischer Phänomene aufeinander. Gerade die Beziehungen zwischen Diktaturen bieten viel Stoff für Vergleiche, weil so wechselseitige Radikalisierungsdynamiken deutlich werden, wie zuletzt Daniel Hedinger in seiner globalhistorischen Studie zur Achse Berlin–Rom–Tokio gezeigt hat. Vergleichen kann man sogar Diktaturen und Demokratien. Transnational vergleichende historische Analysen von diesem oder jenem Phänomen der Zeitgeschichte gehören zum akademischen täglichen Brot. Kurzum: Der Vergleich schärft die historische Urteilskraft.

Schwieriger gestaltet sich da schon der komparatistische Blick auf Gewaltverbrechen in ganz unterschiedlichen Kontexten und (Zeit-)Räumen. Das zeigt nicht zuletzt der seit letztem Jahr geführte, von den Medien so getaufte »Historikerstreit 2.0«, bei dem es um die Frage der Singularität des Holocaust geht, also um seine Vergleichbarkeit. An anderer Stelle wird versucht, ein zeithistorisches Phänomen auf ein anderes anzuwenden: So soll die in Südafrika erst 1994 besiegte Apartheid ihren Wiedergänger im Staat Israel und dessen »jüdischem Siedlerkolonialismus« gefunden haben. Der Nutzen solcher Vergleiche ist begrenzt, wenn man zwar einzelne phänomenologische Gemeinsamkeiten herausfiltern kann, aber die generischen Differenzen doch überwiegen. Natürlich sind für Hitler damals wie für Putin heute Symbolpolitiken und ein instrumentelles Geschichtsverständnis eigentümlich – Feindbildkonstruktionen inklusive –, doch fehlt dem Putinismus beispielsweise das antreibende Moment eines eliminatorischen Antisemitismus, das den Nationalsozialismus prägte.

Historische Vergleiche können jedoch sinnvoll sein, wenn sie sich an Konzepten und Theorien von politischen Systemen orientieren. Um das russische System zu verstehen, lohnt der Rückgriff auf Karl Marx' Bonapartismusthese. Der 1852 in der Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« formulierte Ansatz geht grob von einer »Dialektik von Revolution und Konterrevolution« aus. Der Politologe Felix Jaitner hat die »bonapartistische Wende« in Russland untersucht. Ihm zufolge setzte diese Wende bereits in den frühen neunziger Jahren ein. Damals

wurde der Staatssozialismus durch einen neoliberalen Kapitalismus mit umfassenden Privatisierungen abgelöst. Die Herrschaft der entstehenden russischen Bourgeoisie konnte nur durch einen autoritären Staat stabilisiert werden. Der gescheiterten Entmachtung Jelzins durch die Duma und dessen Putsch gegen das Parlament 1993 folgte im Jahr darauf der Erste Tschetschenien-Krieg. Seitdem ist die russische Republik ein Präsidialregime. Die Wirtschaft blieb schwach, der Staat war 1998 pleite.

Eine Konsolidierung, so Jaitner, brachte im Jahr 2000 das Bündnis des neuen starken Manns Wladimir Putin mit den Oligarchen, den Anführern der nationalen Minderheiten und der orthodoxen Kirche. Der Zweite Tschetschenien-Krieg, der Putin zur Präsidentschaft verhalf, war noch brutaler als der Erste. Seitdem ist das Regime permanent im Kriegszustand.

Nicht alle Oligarchen mochten sich Putins harter Hand beugen, manches Unternehmen, das sie sich zuvor unter den Nagel gerissen hatten, wurde wieder verstaatlicht. Doch die Stabilitätspolitik nach innen und außen nahm das russische Bürgertum dankbar an. Weil das Chaos der Umbruchphase Anfang der neunziger Jahre vielen noch gut in Erinnerung ist, bleibt die Demokratiebewegung klein und im Wesentlichen auf die urbanen Zentren Moskau und Sankt Petersburg begrenzt.

Der Umbruch in den neunziger Jahren und die Festigung eines autoritären Systems in Russland sind weiterhin Gegenstand der Forschung. An klassenpolitischen Analysen wie der Jaitners aber haben die sogenannten Russland-Versteher von heute ebenso wenig Interesse wie jene, die vorschnell Putin zum Nazi erklären.

Mancher Vergleich sagt mehr über den Vergleichenden aus als über das Vergleichene. Eine Folge des Kriegs für Deutschland wird die massive Aufrüstung der Bundeswehr sein. Bereits die semantische Rahmung der Rüstungsdebatte lässt aufhorchen. Die Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) spricht davon, die »Wehrhaftigkeit« Deutschlands zu stärken. Angesichts der »deutschen Schuld für Krieg und Völkermord erwächst für uns in der Tat eine besondere Verantwortung«, so Baerbock.

Es war ein anderer grüner Außenminister, der im Jahr 1999 vor vergleichbaren Herausforderungen stand: Um einen angeblich geplanten Genozid der Serben im abtrünnigen Kosovo zu verhindern, griffen die Nato-Staaten damals den jugoslawischen Rumpfstaat an. Auf dem Bielefelder Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen begründete Joschka Fischer die deutsche Beteiligung an den Luftangriffen gegen das Regime Slobodan Miloševićs mit der »Erinnerung an unsere Geschichte«. Zwar sei »Auschwitz unvergleichbar«, aber die beiden Maximen »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz« gehörten eben zusammen.

Wer sich heute der sprachlich-moralischen wie handfesten Aufrüstung verweigert, gilt vielen als ein liederlicher »Lumpenpazifist«, dessen »Nie wieder Krieg« geradewegs zum nächsten Holocaust führe.

Welche Funktion hat das Abgrenzungsbedürfnis mit dem Verweis auf Auschwitz? Keine nennenswerte politische Kraft – außer der Querfront aus AfD, DKP und dem Flügel um Sakra Wagenknecht in der Linkspartei – spricht sich gegen eine Parteinahme für die Ukraine aus. Und doch muss man sich in Deutschland offenbar besonders rückversichern, dieses Mal auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen, wohl auch, um die eigene Kriegsteilnahme zu rechtfertigen. Befindet man sich noch mit dem russischen Präsidenten im Krieg oder schon mit

einem Wiedergänger Hitlers? Äußert sich darin womöglich ein Urwunsch nach der ultimativen Katastrophe?

Immerhin sind Waffenlieferungen eine konkrete Maßnahme, um in das Geschehen einzugreifen. Bei dem, was kommt - Erderwärmung, Ressourcenknappheit, Naturkatastrophen -, sehen wir hingegen hilflos aus. Diese apokalyptische Dialektik scheint schon 1996 die Terrorgruppe erkannt zu haben, die schelmisch fragend im Refrain trällerte: »Was ist nur mit dem Russenhitler los?«